

## **Georg Fülberth**

### **Rede zum Roten 1. Mai in Siegen 2011**

Der Erster Mai gilt ja als Kampftag der Arbeiterklasse. Das ist mir zu pathetisch. Ob die Arbeiterklasse kämpfen will und wie – das muss sie selber wissen. Man soll nicht auf anderer Leute Gesäß durch die Hölle reiten wollen.

Aber ein alljährlicher Bilanztag ist der Erste Mai auf jeden Fall. Wir wollen uns da fragen: Wie weit wir gekommen sind und was wir uns vornehmen. Der Blick kann sich da nicht auf die kurze Spanne seit 2010 beschränken. Wir müssen zurückblicken bis zu jenem Einschnitt Mitte der siebziger Jahre. Da begann die Entfesselung des Finanzmarktgetriebenen Kapitalismus mit seinen Akteuren: den Finanzdienstleistern, Fondsmanagern und Politikern, die ihnen hörig sind. Die Spur der Verwüstung, die sie ziehen, ist unübersehbar:

1. Flucht des Kapitals in die Spekulation.
2. Ausschlachtung der Unternehmen und Druck auf die Belegschaften.
3. Schleifung des Sozialstaats.
4. Nach 1989 ist noch etwas hinzugekommen: gewachsene Aggressivität des Imperialismus, auch des deutschen Imperialismus, der die Bundeswehr zur weltweit agierenden Eingreiftruppe umbaut.

Vor drei Jahren sah es so aus, als könne sich etwas ändern: der finanzmarktgetriebene Kapitalismus schien am Ende.

Das war ein Irrtum. Er ist jetzt sogar noch stärker als zuvor. Die Regierungen sind ihm zu Hilfe gekommen und haben dafür gesorgt, dass Banken und Kapitalisten zu Lasten der Armen saniert werden. Milliarden wurden für Stützung der Bankrotteure ausgegeben, und wer muss das bezahlen? Antwort: die arbeitenden Menschen und diejenigen, die keine Arbeit mehr haben – nicht nur hier in Deutschland, sondern mittlerweile weltweit und besonders Europa-weit. Nach wie vor wird auf die Löhne gedrückt, damit Deutschland Exportweltmeister bleiben kann. Länder, die nicht mithalten können, müssen sich verschulden. Deutsche Banken drängen ihnen Kredite auf. Droht ihnen Insolvenz, zwingen Deutschland, der Internationale Währungsfonds und die EU sie zu Sparprogrammen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der jungen Leute, die keine Arbeit finden, und der Alten, denen die Rente gekürzt wird.

In Deutschland sollen die Milliarden, mit denen die Verluste der Zocker aufgefangen und dann wieder zu deren Gewinnen gemacht wurden, durch die Schuldenbremse wieder hereingeholt werden: der Staat soll nichts mehr ausgeben, vor allem nicht für Sozialausgaben. Er soll aber auch nichts einnehmen: möglichst keine direkten Steuern. Den Reichen werden die Steuern gesenkt, den Hartz IV-Opfern wurden die Renteneinzahlungen, das Übergangsgeld beim Absinken von Arbeitslosengeld I zu Arbeitslosengeld II und das Elterngeld gestrichen. Die so genannten Besserverdienenden aber sollen ihr Elterngeld behalten dürfen, denn in Zukunft sollen ja auch nur Besserverdienende noch Kinder kriegen dürfen. Einige der Kinder, die heute hier auf dem Walter-Krämer-Platz herumtollen, sind ihnen wohl unerwünscht.

Durch eine solche Sparpolitik will man die öffentlichen Finanzen wieder in den Griff kriegen: im nationalen Rahmen und internationalen – zugunsten der Reichen, zu Lasten der Armen.

Kommen wir jetzt zu dem zweiten gesellschaftlichen Großprojekt, das neuerdings klassen- und parteienübergreifend propagiert wird: dem Green New Deal, von Herrn Obama verkündet, von den deutschen Grünen aufgegriffen und nach Fukushima sogar von CDU/CSU und SPD akzeptiert. Gleichzeitig soll die Erderwärmung gestoppt und in Deutschland auch noch der Ausstieg aus der Atomenergie hingekriegt werden. Eine feine Sache. Wer wird für sie bezahlen müssen? Die Antwort der Bourgeoisie ist klar: sie nicht. Auch an dem Großprojekt der Energiewende sollen die Konzerne verdienen, und wer ohnehin wenig hat, soll dafür bluten.

Erst haben 2010 die vier Stromkonzerne eine Laufzeitverlängerung für ihre alten Atom-Meiler durchgedrückt. Dann erhöhten sie ihre Preise und wälzten die Kosten aus dem Erneuerbare Energien-Gesetz auf die Verbraucherinnen und Verbraucher ab. Und jetzt wird überall erzählt: Wenn Deutschland aus der Atomkraft aussteigt, dann müssen die Energiepreise also noch einmal steigen. Energiepreise belasten die Haushalte der kleinen Leute stärker als die der Reichen.

Wir sehen, es gibt zurzeit kein gesellschaftliches Großprojekt, und sei es noch so unvermeidlich – Sanierung der Finanzmärkte, Umweltpolitik, – das nicht zugleich für die Umverteilung von unten nach oben missbraucht würde.

Das gilt auch noch für ein drittes Vorhaben: die weltweite Durchsetzung der Menschenrechte. Hierfür wird zurzeit Krieg geführt: in Afghanistan und in Libyen. In Wirklichkeit geht es nicht um die Menschenrechte, sondern in Libyen ums Öl und in Afghanistan um die Sicherung der Vorherrschaft des reichen Nordens über den armen Süden und Osten. Auch das ist Umverteilungspolitik, jetzt global. Es ist Imperialismus. In Afghanistan ist Deutschland unmittelbar mit Truppen dabei, in Libyen indirekt, indem es in Afghanistan seinen Einsatz erhöht und damit den Mächten, die Libyen bombardieren und gleichzeitig in Afghanistan engagiert sind, den Rücken frei hält. Wenn die Bundeswehr zurzeit noch nicht direkt dabei ist, dann ist dies vielleicht ein kleiner und vorläufiger Sieg der deutschen Friedensbewegung. Krieg ist unpopulär in Deutschland, und eine ohnehin schon unpopuläre Regierung will durch einen weiteren Militäreinsatz nicht noch tiefer in die Tinte geraten. Aber täuschen wir uns nicht: das muss nicht so bleiben. Ein großer Teil der Medien und der alte Kriegsverbrecher, Erdöl- und neuerdings sogar Kernkraft-Lobbyist Joseph Fischer fordern eine Beteiligung am Libyenkrieg.

Drei Großprojekte der Bourgeoisie also: Abwälzung der Kosten für die Regulierung der Finanzmärkte und für die Energiewende auf die Schwachen, neue Kriege, angeblich für die Menschenrechte, in Wirklichkeit ums Öl und für den Fortbestand der Herrschaft des Westens über den Süden und Teile des Ostens.

Stabilisierung der Finanzmärkte, Energiewende, Menschenrechte weltweit – können und dürfen Linke etwas dagegen haben? Nein. Aber die Art und Weise, wie solche Notwendigkeiten und Wünschbarkeiten durchgesetzt werden, ist nicht klassenneutral. Da liegt der Hund begraben.

Stabilisierung der Finanzmärkte: für wen? Für die Sicherheit der großen Geldvermögensbesitzer oder zur Verteidigung derer, die seit dreißig Jahren vom Finanzmarktkapitalismus gebeutelt werden? Das ist eine Frage zwischen Krupp und Krause. Neuordnung für die da unten muss heißen:

- Überführung der gesamten Finanzindustrie in öffentliches Eigentum,
- Verbot der Hedgefonds und aller ähnlichen Spekulationsfonds,

- Kapitaltransaktionssteuer,
- Abschöpfung der großen Geldvermögen und Einkommen durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer und durch hohe Besteuerung der Spitzeneinkommen.

Neuordnung des Mensch-Natur-Verhältnisses: auch das ist eine Frage von Krupp und Krause. Seit Tschernobyl wissen wir allerdings, dass das nicht nur eine Eigentumsfrage ist. Aber ein Ausstieg aus der Atomwirtschaft wird nicht möglich sein, ehe in Deutschland RWE, e.on, EnBW und Vattenfall enteignet und in öffentliches Eigentum überführt sind, Ablösung der fossilen Energieträger, vor allem des Erdöls: das erfordert solch ungeheure Summen, die nur ein Staat aufbringen kann, der sich das Geld parallel bei den Konzernen und den großen Geldvermögensbesitzern holt. Wie wir es auch drehen und wenden: es gibt kein gesellschaftliches Großprojekt, bei dem nicht zugleich die Eigentumsfrage steht.

Weltweite Durchsetzung der Menschenrechte? Ja, aber das müssen die Völker selbst schaffen und es darf nicht zum Alibi für die Durchsetzung ganz anderer Interessen werden: Zugriff auf die Rohstoffe und ihre Transportwege, imperialistische Neuordnung der Welt. Deshalb fordern wir: Bundeswehr raus aus Afghanistan! Schluss mit der indirekten Unterstützung der Libyen-Intervention.

Es geht nicht nur darum, den Anschlägen der Herrschenden entgegenzutreten. Wir müssen ein eigenes Projekt haben. Und dieses Projekt läuft letzten Ende auf eine neue Art der Revolution hinaus. Ich nenne es die „Pink, Grey, Red Revolution“ arbeiten. Keine Angst, hier kommt ja schon die Übersetzung.

Pink: das sind die Investitionen in die allerjüngsten Menschen, benannt nach der Farbe, die einst die Babykleidung hatte. Also: Umlenkung großer Finanzmassen für die Förderung und Entwicklung der jüngsten Menschen von Null bis zehn und für eine angemessene Ausbildung und Bezahlung derer, die sich beruflich um sie kümmern.

Grey: das sind die grauen und kahlköpfigen Alten. Mit denen, die für sie sorgen müssen, wird eine neue Art Armutsindustrie betrieben. Dieser Sektor muss mit öffentlichen Mitteln so ausgestattet werden, wie es seiner zunehmenden Bedeutung entspricht.

Red: das sind die arbeitenden Generationen dazwischen, deren Löhne endlich nicht mehr sinken dürfen, sondern steigen müssen. Her mit dem gesetzlichen Mindestlohn!

Revolution: das ist die gute alte Revolution, die wir aber lieber gleich ins Deutsche übersetzen: Umwälzung. Eine Umwälzung der Eigentums- und Einkommensverhältnisse.

Ja, liebe Anwesende. Das ist jetzt doch ein ganzes Programm geworden. Die Gesellschaftsordnung, die uns nervt, der Kapitalismus, ist mittlerweile 500 Jahre alt, seine neue neueste Variante, der Finanzmarktgetriebene Kapitalismus, mittlerweile auch schon 30 Jahre. In einem Jahr, bis zum nächsten Ersten Mai, werden wir das wohl noch nicht hinbekommen.

Aber am nächsten Ersten Mai sollten wir uns hier wieder sehen und uns Rechenschaft darüber ablegen, was wir für diese Ziele getan und erreicht haben.